

Ö1 Frühjournal

Donnerstag der 21. September zum Frühjournal begrüßt die Marta Georgiev. Guten Morgen. Der Streit zwischen Polen und der Ukraine um Getreidelieferungen eskaliert.

Polen will nun keine Waffen mehr an Kiev liefern.

Italien will jetzt vor dem europäischen Gerichtshof klagen gegen Tirols Transit-Massnahmen und Alzheimer vorbeugen.

Das geht mit einem gesunden Lebensstil, aber auch die Therapien werden besser.

Zuerst aber der Blick aufs Wetter. Jörg Stieber, bitte.

Da wird es auch heute wieder im Großteil Österreich sehr warm und überwiegend sonnig, aber auch windig.

Ein Blick in die Landeshauptstädte in Wien derzeit teils Heiter, teils Hochnebel und 17 Grad, St.Pölten und Linz Heiter 15, Salzburg-Wolkig 14, Innsbruck- und Pregens-Wolkig 15, Grad-Holknebel 17 und Gagenfurt-Wolkig 15 Grad.

In der nächsten Stunden gibt es noch ein paar Nebel- und Wolkenfelder.

Sie lösen sich aber auf in Weiteiten Österreichs überwiegt an der Sonnenschein und es wird wieder sehr warm.

Allerdings kommt im Osten und im Bergland ein lebhafter bis starker, vöniger Südwind auf.

Die Temperaturen erreichen 23 bis 29 Grad.

Nicht ganz so warm wird es nach Südwesten zu.

Falls man mal beim Hauptkam in Osthöl und Oberkärnten halten sich auch einige dichtere Wolken und vereinzelt regnet es ein wenig.

Morgen dann in Niederösterreich, Wien, dem Burgenland und in Weiteiten der Steiermark noch sehr warm überwiegend sonnig und häufig bis zum Abend trocken, sonst aber zunehmend regnerisch und kühler.

Danke, Jörg Stieber.

Russland hat die Ukraine in der Nacht wieder mit Raketen und Drohnen angegriffen.

In der Hauptstadt Kiev gilt Luftalarm, es werden Explosionen gemeldet.

Äußerst umgelegen kommt da die Ankündigung Polens, keine Waffen mehr an die Ukraine zu liefern.

Ist Polen doch einer der wichtigsten militärischen Unterstützer der Ukraine.

Man wolle das eigene Land aufrüsten und die polnische Armee stärken, so Ministerpräsident Mateusz Morawiecki.

Kurz zuvor war ein Streit zwischen Polen und der Ukraine, um Getreideexporte eskaliert.

Polen will die ausführen, nicht erlauben, weil es dadurch seinen eigenen Markt gefährdet sieht.

Polen will keine Waffen mehr an die Ukraine liefern,

das kündigt Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki an

und warnt die Ukraine davor, den Konflikt um die Getreideimporte aus der Ukraine weiter zu eskalieren.

Es waren Stechmenz des ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenski vor der UNO-Vollversammlung

und eine ukrainische Beschwerde bei der Welthandelsorganisation WTO.

Die Polens Unmut erregt haben, macht der polnische Witze Außenminister Paweł Jablonski klar.

Zelenski will Polens Widerstand gegen die ukrainische Ausfuhr von Getreide über Polen brechen und kritisierte Polen offen vor der UNO-Vollversammlung.

Polen unterstütze den Sieg über Russland,

wolle aber nicht eine Destabilisierung des polnischen Marktes durch ukrainische Getreideimporte hinnehmen,
sagt Polens Ministerpräsident Morawiecki.
Der Krieg in der Ukraine ist auch das bestimmende Thema bei der Sitzung des UNO-Sicherheitsrats in New York.
In seiner Rede beklagte der ukrainische Präsident Zelenski die Machtlosigkeit der Vereinten Nationen,
da Russland mit seinem WTO Recht regelmäßig grundlegende Entscheidungen blockiere.
Aus New York berichtet Inkapi.
Es sind viele Staaten, die Russlands Angriff auf die Ukraine hier aufs Schärfste verurteilen und wie Österreichern Ende des Krieges fordern.
Der ukrainische Präsident Zelenski wendet sich persönlich an den UNO-Sicherheitsrat.
Es sind bereits 574 Tage voller Schmelz. Russland hat 10.000 der Ukrainer getötet und Millionen zu Flüchtlingen gemacht.
Nach seiner Rede verlässt Zelenski den Raum erst dann tritt Russlands Ausminister Lavrov ein und reagiert auf Zelenski mit schweren Vorwürfen an den Westen, der globale Konflikte schüren würde.
Im Sicherheitsrat zeigt sich, wie weit die Ukraine und Russland von Gesprächen entfernt sind.
Auch Fortschritte, um die Kollateralschäden des Krieges abzdämpfen, sind bisher bei der UNO-Generaldebatte nicht erzielt worden.
Und der Ruf nach Reformen in der UNO kommt nicht nur aus der Ukraine, auch andere Staaten wollen das schon lange.
Wie wahrscheinlich Änderungen sind und wer was möchte?
Darüber spricht meine Kollegin Julia Schmuck im Morgenjournal um sieben mit USA-Korrespondent Thomas Langpaul.
Nach Österreich jetzt. Gestern ist dem Ministerrat ein Kinderschutzpaket beschlossen worden.
Es beinhaltet aber nicht nur härtere Strafen bei Kindesmissbrauchstarstellungen, sondern auch eine Kinderschutzkampagne und Schutzkonzepte in Schulen und Vereinen.
Das sehen Expertinnen und Experten sehr positiv, wie Bernd Kuschu berichtet.
Mehrere Ministerien, auch Bildung, Sport und Kultur, setzen Maßnahmen freud sich.
Hedwig Wölfel, Geschäftsführerin der Möwe Kinderschutzzentren.
Diese ganzen strafrechtlichen Dinge im Paket sind die Anlassgesetzgebung.
Das, wo ich finde, dass da was gelungen ist, ist, dass das ein Maßnahmenpaket ist, dass viele präventive Ansätze drinnen hat.
Vor allem die geplante Kinderschutzkampagne. Wölfel erwartet sich davon.
Aufklärung, das nicht nur sexualisierte Gewalt, sondern vor allem auch körperliche Gewalt und psychische Gewalt, die sehr häufig sind. Schädlich sind für Kinder.
Und das alle wissen, an wem kann ich mich wenden, wenn ich den Verdacht habe, dass einem Kind Gewalt wieder fährt.
Es ist vieles dabei, was wir gut finden, sagt auch Martina Wolf, Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Kinderschutzzentren.
Maßnahmen wie Kinderschutzkonzepte in Schulen, so Wolf, müssen nun freilich auch umgesetzt werden.
Im jahrelangen Streit um die Antitransit-Massnahmen in Tirol macht Italien jetzt offenbar seine

Drohung wahr

und wendet sich an den Europäischen Gerichtshof.

Der italienische Verkehrsminister Matteo Salvini von der rechten Lega-Partei

will sogar die Grenzkontrollen für österreichische Fahrzeuge verschärfen.

Mehr von Rheingart Dirmaier.

Matteo Salvini schießt immer wieder verbal heftig gegen die Tiroler Antitransit-Massnahmen.

Das sektorale Fahrverbot oder das Lkw-Nacht-Fahrverbot sind immer in Dorn im Auge.

Der Politiker der rechten Lega sieht darin keine Umweltmaßnahmen,

sondern den freien Warenverkehr in Europa blockiert.

Der Transitkonflikt nahm in den letzten Monaten ein Schärfe zu.

In einer Fragestunde im Parlament in Rom sagte Salvini nun,

dass die italienische Regierung dieser Schande ein Ende setzen werde.

Seine Regierung habe beschlossen, das im EU-Vertrag vorgesehene Verfahren zu aktivieren,

um einen anderen Staat wegen Verletzung des EU-Rechts vor dem europäischen Gerichtshof zu verklagen.

Sein Verkehrsministerium würde entsprechende Vorbereitungen treffen.

Und Umweltministerin Leonore Gewessler von den Grünen

zeigt sich in einer ersten Reaktion auf die angekündigte Klage Italiens gelassen

und verteidigt die Transit-Massnahmen.

Wenn man weiterkommen wolle, müsse man die Bevölkerung ernst nehmen.

Salvini ist ein Dimension in Tirol, egal, solange seine frechter Lobby Gewinnemache zu Gewessler.

Nach Großbritannien jetzt, wo Premierminister Rishi Sunak ein Jahr vor der Parlamentswahl

seine Klimaziele verwässern will.

Eigentlich war geplant, den Verkauf von Benzin- und Dieselfahrzeugen ab 2030 zu verbieten.

Aber Sunak rudert nun deutlich zurück und verschiebt das Vorhaben um fünf Jahre.

Auch in den eigenen Reihen stößt der Premier auf Widerstand, berichtet aus London Jörg Winter.

Großbritannien war international an der Spitze deutlich ambitioniert als andere,

wenn es um die eigenen Klimaziele ging.

Doch die wirtschaftlichen Zeiten haben sich geändert, Stichwort Teuerungskrise.

Unser Anteil an den globalen Emissionen ist weniger als ein Prozent.

Wie kann es da richtig sein, dass Britinnen und Briten größere Opfer als alle andere bringen?

Sagt Premierminister Sunak und kündigte eine Aufweichung der selbstgesteckten Klimaziele an.

Das Verbot für Neuzulassungen von Benzin- und Dieselfahrzeugen

kommt erst fünf Jahre später, 2035, parallel zur Europäischen Union.

Die Installation von Gasheizungen bleibt länger als bisher erlaubt.

Die Erschliessung neuer Gas- und Ölfelder in der Nordsee will der Premierminister vorantreiben.

In Umfragen meilenweit hinter der Opposition zurück, schießt Rishi Sunak dabei,

wohl auch auf jene Wählerinnen und Wähler, die mit teuren Klimazielen

in Zeiten von Rekordinflationen wenig anfangen können.

Gute Nachrichten zum Schluss.

An Demenz zu erkranken, das kann man zu einem großen Teil selbst verhindern.

Bis zu 40 Prozent des Alzheimer Risikos können durch einen gesunden Lebensstil vermieden werden,

so die Botschaft am heutigen Weltalzheimer Tag.

Das bedeutet, nicht rauchen, Sport machen und Krankheiten wie hohen Blutdruck behandeln lassen. Aber auch neue Therapien geben Hoffnung. Barbara Reichmann mit den Einzleiden. Neue Medikamente gegen Alzheimer setzen dabei an, das Gehirn vereinfacht gesagt zu reinigen. Und zwar von Eiweißen, die sich dort bei Betroffenen Ablagern, sagt Demenzforscherin Elisabeth Stögmann von der Medizin Uni Wien. Man hat jetzt gefunden, dass dieses Abräumen, dieser Ablags auch mit einer klinischen Verbesserung in den Patientinnen einhergeht. Und in dieser Form ist dieser Ergebnis schon ganz neu. Eines dieser Medikamente könnte bereits im nächsten Jahr verfügbar sein. Aber diese Therapien kommen nur für Patientinnen und Patienten in frühen Stadien der Erkrankung in Frage. Und man muss die Betroffenen engmaschig medizinisch überwachen, da bei einigen schwere Nebenwirkungen aufgetreten sind. Selbst Alzheimer Vorbeugen kann man neben einem gesunden Lebensstil auch dadurch, dass man regelmäßig sechs bis acht Stunden schlaf bekommt. Denn so kann sich das Gehirn besser erholen und reinigen. Das war das Frühjournal mit Martha Georgief. Kommen Sie gut durch den Tag mit Ö1. Bildung ist der Schlüssel zur Entwicklung. Darum bauen wir Schulen für benachteiligte Kinder in Uganda. Jetzt spenden!
www.kindanechance.at